

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

147 (29.6.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelappten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des Zahlungsfeldes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontos auf der Hand mit o. Erläuterung und Gerichtsbescheid 1/2. o. 3/4 der Anzeigen-Ansätze 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbrüder, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Inflation 2.20 Mark o. Durch die Doll 2.06 Mark o. Einjahreslauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vom 11. bis 17. o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, D., Weidstraße 28 o. Januar 1920 und 1921 o. Postfachkonto: Karlsruhe, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdstraße 12, Kallhof, Felsenstraße 2, Odenburg, Republikstraße 8

Nummer 147

Karlsruhe, Montag, den 29. Juni 1931

51. Jahrgang

Die spanischen Wahlen

Madrid, 28. Juni. Bis zum späten Abend liegen noch keine überfälligen Ergebnisse der heutigen Wahlen vor. Dem Eindruck aus den bisherigen Nachrichten nach scheint eine republikanisch-sozialistische Koalition über all große Erfolge erzielt zu haben. In Barcelona wie auch in den vier katalonischen Provinzen dürfte die linksrepublikanische Partei des Oberst Macia etwa 80 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt zu haben.

Nach späteren Meldungen ist es in verschiedenen Orten zu größeren Zusammenstößen gekommen und man meldet mehrere Tote und Verletzte.

Madrid, 28. Juni. (Via. Draht.) Der Chef der spanischen Fliegertruppen, der bekannte Flieger Franco, ist am Samstag auf Anordnung der Regierung seines Amtes enthoben worden. Die Amtsenthebung erfolgte wegen umfänglicher radikaler Pläne, die Franco in Unbereitschaft mit militärischen Fliegerverbänden propagiert und vorbereitet haben soll.

Die Wahlen in Ungarn

Regierungssieg unter Horty-Kommando

Budapest, 28. Juni. Der heutige Wahlsieg hat zunächst wenige Überraschungen gebracht. Im Besitz der Regierungspartei (Einheitspartei) ist keine nennenswerte Veränderung eingetreten.

Von den 17 Mandaten erhielten die Einheitspartei 118, Christliche Wirtschaftspartei 19, die Katholiken 17, die Agrarier 3 Mandate. In 14 Bezirken kommt es zur Stichwahl.

Unter Horty's Kommando und Wahlentzungen ist es leicht „Regierungssieg“ zu erzielen. Das ungarische Diktatorsystem muß andere Länder scheuen, die Demokratie leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Bombenanschläge in Genua

Genova, 27. Juni. Gestern nacht explodierten innerhalb von zwei Uhr ab 35 Bomben in verschiedenen Vierteln der Stadt. Es gingen jedoch nur einige Fensterlöcher in Trümmer. Man nimmt an, daß der Bombenanschlag aus demonstrativen Gründen erfolgt ist. Die Bomben sind nach einem ganz primitiven System hergestellt worden.

Spaltung der englischen Liberalen

London, 27. Juni. Die parlamentarische Fraktion der Liberalen Partei hat sich heute gespalten. Etwa ein Dutzend Mitglieder der Fraktion haben sich unter Führung von Sir Simon entschlossen, sich endgültig vom Regime Lloyd Georges loszusagen.

London, 27. Juni. Das Unterhaus erteilte der Arbeiterregierung am Freitag die Genehmigung zur Kräftigung des Arbeitslosenunterstützungsfonds weitere 25 Millionen Pfund als Kredite aufzunehmen.

Die § 175-Sensation ums Braune Haus

Unter dem Titel „Eine leere Gasse“ wird dem Berliner Tagblatt von der Klage von Hilfers Stabschef, Hauptmann Köhm, gegen die Münchener Post gemeldet:

„Endlich hat sich nun auch, von allen Seiten dazu gedrängt, Hauptmann Köhm, der durch die Veröffentlichungen der Münchener Post am schwersten belastete sogenannte Stabschef Hilfers, entschlossen, eine Privatklage gegen die Münchener Post anzukündigen.“

Da jedoch wegen der von der Münchener Post behaupteten Verletzungen gegen § 175 des Reichsstrafgesetzbuches bereits ein Staatsanwaltschaftliches Strafverfahren gegen Köhm im Gange ist, das nach gesetzlicher Vorschrift vor der Privatklage gegen die Münchener Post durchzuführen ist, bedeutet die Klage Köhms kein Risiko mehr für ihn, sondern nur eine leere Gasse.“

Verbrecherisches politisches Narrentum

Die in den letzten Wochen hier und da aufflackernden „spontanen Aktionen“ der KPD, und die von ihr an vielen Orten befohlenen „Kartellaktionen“ sollten den Auftakt zu einem politischen Massen- und Generalkrieg bilden, für den von der KPD, als Termin der 1. Juli festgesetzt worden war. Von ihrer Inflation gegen die Roten Verbände versprach sich die KPD-Zentrale eine ungeheure Aufweitung der Arbeiterschaft. Alles war für die neueste Aktion schon vorbereitet und eine Reichskonferenz der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition hatte laut Befehl auch bereits den Aufruf zum Streik beschlossen, als Gegenbefehl gegeben und der ganze Saal abgeblasen wurde. Als Ersatz für den „Generalkrieg“ werden jetzt zum Kampf gegen die Roten Verbände „halbhündliche MassenDemonstrationen“ angekündigt. Aus Furcht vor einer neuer Niederlage vom Generalkrieg zu halbhündigen Demonstrationen. Und einem solchen verbrecherischen Narrentum laufen immer noch Arbeiter nach.

Amerikanischer Vorstoß für Oesterreichische Nationalbank

Wie die Wiener Reichspost erfährt, hat die Chase Nationalbank New York der Oesterreichischen Nationalbank fünf Millionen Dollars überwiesen. Es handelt sich um einen Vorstoß auf den zweiten 100-Millionen-Schilling-Kredit der W.F.F.

Warnung an die Bankwelt

Brüning und Luther auf der Bankiertagung

Der erweiterte Ausschuss des Verbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbe S. B. in Berlin, der im Herrenhaus in Berlin tagte, wurde durch den Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Georg Solmsien, eröffnet.

Als erster Redner sprach Reichskanzler Brüning. Brüning unterstrich die ungeheuren Gefahren der letzten Wochen durch den Abfluß des Auslandskapitals

und erklärte, daß die Wirtschaft in ihrer tiefen Depression von dem Hoover-Plan den Anstoß zu einem neuen Aufstieg erwarte. Erfreulich sei es, daß der Hoover-Plan das Vertrauen ausbreite, daß Deutschland von den Erleichterungen, die ihm gemacht werden sollen, den richtigen Gebrauch machen würde. Diese Erleichterungen müßten, so führte Dr. Brüning aus, zu einer inneren Erleichterung der Wirtschaft führen, die eine gesunde Finanzpolitik

der öffentlichen Körperschaften voraussetze. Unter diesen Gesichtspunkten müßten vornehmlich die in der Notverordnung getroffenen Maßnahmen verstanden werden. Eine gesunde Sozialpolitik sei nur möglich auf dem sicheren Boden stabiler wirtschaftlicher und finanzieller Bedingungen. Solange das Ausland durch Abzug der Gelder störend eingreifen könne, müßten alle sozialpolitischen Maßnahmen der notwendigen Sicherheit entbehren. Neuhäufige Sparmaßnahmen werde die Rücksicht für die öffentliche und private Wirtschaft bleiben müssen.

In diesem Zusammenhang verwies Dr. Brüning auf das Beispiel der USA, wo die private Wirtschaftslage begangene Fehler einstanden und in Verbindung mit der Regierung nach Mitteln gesucht habe, um diese Fehler auszumergen. Die Reichsregierung habe sich nicht geäußert, Fehler der Vergangenheit auf sich zu nehmen und eigene

einsugehen. Das müsse auch von der privaten Wirtschaft und vor allem von jenen der Organisationen geschehen.

Die Kritik, die darauf gerichtet ist, die Produktion nur durch Lohnsenkungen zu fördern, kann keine Erleichterung bringen.

Hierdurch würde die Konsumkraft der Bevölkerung schrumpfen und dadurch die Produktion bedroht. Man müsse der kurzfristigen Verschuldung entgegenwirken. Wir stehen in einer Zeit, in der es im Interesse des bisherigen Systems der Wirtschaft notwendig sei, eine

größtögliche Auffassung von der Idee des Kapitals herbeizuführen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther schilderte dann die Wechselwirkung zwischen dem wirtschaftlichen Geschehen und den Vorgängen bei der Reichsbank seit Ende 1929. Die Reichsbank sei auf jeden Fall imstande, die deutsche Währung zu verteidigen. Nichts sei fürchter als das Gerede von einer neuen Inflation. Die Bewahrung des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft vor weiterer schwerer Not kann nur von der politischen Seite her kommen. Aus dem Entwicklungsgang in Deutschland geht hervor, daß die deutsche Not innerhalb der Weltwirtschaftskrise zwar etwas besonderes ist. Die besondere deutsche Not teilt aber auch ihrerseits die allgemeine Weltwirtschaftskrise. Der Schritt Hoovers, für den das deutsche Volk lebhaften Dank schuldet, darf nicht allein unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß er bestimmt ist, Deutschland zu helfen, sondern er ist nur eine Tat zur Erleichterung der Weltwirtschaftskrise.

Der Präsident des Bankierverbandes sprach stark vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus und stellte dabei folgende Forderungen auf: 1. muß die Ausgabenwirtschaft des Staates sich nach der Einnahmeseite richten; 2. muß die Grenze zwischen staatlicher Verwaltung und staatlicher Wirtschaftstätigkeit gezogen werden; 3. muß als Voraussetzung des Bestandes der Wirtschaft ihre Ertragsfähigkeit gewährleistet sein; 4. muß ergänzend der allmähliche, mögliche weitgehende Aufbau der eigenen Nahrungsmittelproduktion hinzutreten.

Die Pariser Verhandlungen

Französische Regierung begrüßt deutschen Ministerbesuch

Paris, 27. Juni. Wie Havas berichtet, empfing Ministerpräsident Laval heute abend im Beisein von Außenminister Briand und Unterstaatssekretär für Volkswirtschaft, Francois Ponce, den deutschen Botschafter v. Hölz.

Die Unterredung galt dem Moratoriumsvorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover und den damit zusammenhängenden Fragen. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Botschafter offiziell mitgeteilt, daß die französische Regierung den Besuch der deutschen Minister in Paris aufrichtig begrüßen würde. Der Zeitpunkt des Besuchs bleibt späterer Vereinbarung vorbehalten.

Die Besprechungen zwischen Mitgliedern der französischen Regierung und dem deutschen Botschafter in Paris dauerten etwas über eine Stunde.

Ämtlich wird über den Verlauf der Besprechungen, bei denen deutscherseits natürlich jede aktive Intervention vermieden wird, nichts mitgeteilt. Auf Grund zuverlässiger Informationen kann jedoch gesagt werden, daß die bisherigen Besprechungen einen günstigen Eindruck hinterlassen haben und bereits gewisse Fortschritte insbesonder auf die Annäherung des französischen und des amerikanischen Standpunktes erzielt worden sind. Als Verhandlungsergebnis hat der französische Gegenvorschlag gesehen, aber man hat den Eindruck, daß die französische Regierung ihre Vorschläge nicht in einer so klaren Form aufrecht erhalten will. Man darf daher den weiteren Verhandlungen mit Zuversicht entgegensehen.

Die franz.-amerikanischen Besprechungen

Paris, 27. Juni (Via. Draht.)

Die offiziellen Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika haben am Samstag nachmittags im Innenministerium begonnen. Amerika ist durch Schatzsekretär Mellon, den amerikanischen Botschafter in Paris und zwei hohe Beamte der amerikanischen Botschaft in Paris vertreten. Von französischer Seite nehmen an den Beratungen teil: Ministerpräsident Laval, die Minister Briand, Flaudin, Viotri und der Unterstaatssekretär Francois Ponce.

Im Anschluß an die Beratungen mit den Amerikanern ließ Ministerpräsident Laval den deutschen Botschafter von Hölz zu sich bitten, der kurz nach 6 Uhr im Innenministerium eintraf. An der Besprechung mit Hölz nahmen außer Laval noch Briand und Ponce teil.

Newport, 28. Juni. Seit der Bekanntgabe von Hoovers Vorschlag hat es für die an der besten Wörre abendlichen Werbepiere eine Steigerung von insgesamt 7 Milliarden Dollar gegeben.

Abarwickende Haltung der Reichsregierung

In der Reichskanzlei fand am Samstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung über den augenblicklichen Stand der Hooveraktion statt. Im Mittelpunkt der Erör-

terung standen die Verhandlungen zwischen Washington und Paris, die zur Zeit in der französischen Hauptstadt geführt werden. Berlin wird über diese Besprechungen von Paris und auch von Washington aus auf dem Laufenden gehalten.

Die Reichsregierung wartet im Vertrauen auf die amerikanische Regierung die Entwicklung der Dinge in der Ueberzeugung ab, daß die Pariser Verhandlungen in Kürze zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen werden und der Hooverplan am 1. Juli in Kraft tritt.

Wie der Soz. Pressedienst berichtet, soll der italienische Botschafter in Berlin dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister im Namen des italienischen Kabinettschefs eine Einladung zum Besuche der italienischen Regierung übermittelt haben. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sollen die Einladung angenommen haben. Wahrscheinlich würde ihr nach der Pariserreise, die voraussichtlich am den 10. Juli erfolgen werde, Folge gegeben.

Sozialdemokratischer Dienst am Frieden

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages, Dr. Rudolf Breitscheid, hält sich zur Zeit in Paris auf. Breitscheid wohnte in der Nacht vom Samstag der Kammerstimmung bei. Am Freitag und Samstag hatte er mit mehreren französischen Politikern Besprechungen.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis, der dieser Tage in London weilte, ist inzwischen nach Berlin zurückgekehrt. Weis führte in London Besprechungen mit dem englischen Außenminister und maßgebenden Persönlichkeiten der englischen Arbeiterpartei.

Ueber die Bemühungen der französischen Sozialdemokratie in der bereits mitgeteilten Kammerstimmung durch Zustimmung zur Regierungsentschließung im Sinne der Erleichterungsvorschläge Hoovers zu wirken, wird uns aus Paris mitgeteilt: Die Zustimmung der 100 Mann starken sozialistischen Fraktion hat gewirkt, weil sie das Interesse des Friedens und der französisch-deutschen Annäherung über alle anderen Erwägungen stellte. In dieser Tagesordnung ist das Wort „Vertrauen“ wohlweislich nicht enthalten, sondern nur die Billigung der prinzipiellen Annahme des Hoover'schen Vorschlages, die Bestätigung der Unantastbarkeit der Zahlungen für die durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verursachten Ausgaben und die Betonung der Notwendigkeit, die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern weiter zu führen. Ausdrücklich hat Plum in seiner Schlussklärung hervorgehoben, daß die Antwort der französischen Regierung an Hoover zu engberzig und unvollständig erscheine, weil sie über den Zusammenhang zwischen den Schuldenfragen und dem Abrüstungsproblem hinwegsetze, daß die sozialistische Fraktion jedoch jede Zustimmung, die aus der Nähe oder aus der Ferne als eine Ablehnung der Hoover'schen Vorschläge abgelehrt werden könnte, als eine Gefahr für den Frieden betrachte und deshalb, ohne Rücksicht auf die Zusammenhänge der Regierung, für die eingebrachte Tagesordnung stimmen werde.

Severing zur Steingedenkfeier

Frankfurt a. M., 28. Juni. Die in Nassau a. d. R. stattfindende Reichsfeier zur Erinnerung an den 100jährigen Todestag des Reichstheologen vom und zum Stein fand ihren Auftakt mit einer von der Stadt Frankfurt in der Paulskirche veranstalteten Stein-Gedenkfeier, zu der hervorragende Vertreter des Reiches, Preußens und Hessens erschienen waren. Die Festansprache hielt der preussische Innenminister Severing. Er betonte, Stein habe den Grundstein zu dem modernen Staat Preußen gelegt. Sein ureigenstes Werk sei der Aufbau der Selbstverwaltung in der Städteordnung gewesen. Was er dort verwirklichte, das habe er in seinen Plänen und Schriften für den Staat und das Staatsvolk gemollt: den Obristenstaat zu ersetzen durch einen Staat, in dem die Selbstverwaltung des Volkes gebildend beteiligt war. Heute mahne uns Stein daran, daß die Kleinstaaterei noch besterbe und daß der Geist der Selbstverwaltung und des schmutzigen Vorteils immer noch lebe. Bleiben wir dieser Mängel eingedenk in der Erkenntnis, daß Steins Sendung noch nicht erfüllt sei. Sie sei es an dem Tage, an dem das Sinnen und Schaffen aller dem ganzen Volke und darüber hinaus der Menschheit gebore.

Nach Severing hielt Reichsinnenminister Dr. Wirth eine Ansprache über das Thema „Stein und der Reichsgedanke“.

Mittelstandsrede Dietrichs

Eisenach, 28. Juni. Auf der Tagung des Reichsverbandes des deutschen Schlosser- und Maschinenbauhandwerks hielt Reichsfinanzminister Dietrich eine Rede, in der er u. a. ausführte, daß die bürgerliche Mitte in der Kleinstaat- und Nachkriegszeit ungeheuer gelitten habe. Der Minister forderte die Abkehrung der unwirtschaftlichen Betriebe durch die öffentliche Hand (1) und die Förderung der Kapitalbildung des Mittelstandes durch steuerliche Erleichterungen. In dem großen Kampfe um die Zukunft Deutschlands habe die bürgerliche Mitte eine wichtige Aufgabe. Sie müsse dabei alles tun, um ihren politischen Einfluß zu erhalten, denn nur so könne sie den ihr gebührenden Platz im Staat und in der Wirtschaft behaupten.

Abjusch des Roggenuntersuchungsausschusses

Ein widerspruchsvoller Antrag angenommen

Der Roggenuntersuchungsausschuss des Reichstags hat seine Arbeiten abgeschlossen. Der Ausgang hat bewiesen, daß es einem großen Teil seiner Mitglieder — nicht nur den Kommunisten und Nationalsozialisten, sondern auch einer Reihe von Vertretern der bürgerlichen Parteien — weniger um die Feststellung des Tatbestandes als um die Befriedigung ihrer Selbstbedürfnisse gegen den Sozialdemokraten Dr. Waade zu tun gewesen ist.

Es wurde ein Antrag angenommen, der feststellt, daß im Zusammenhang mit der Roggenuntersuchung Korruptionsfälle bei den Untersuchungen nicht vorgekommen sind. Dann fand aber auch ein kommunistischer Antrag eine Mehrheit, der Dr. Waade nachsagt, er habe den Ausschuss durch unwahre Angaben irreführend, habe Beschlüsse für sich festsetzen lassen, ohne die Regierung darüber zu informieren, und mehrere Monate hindurch die erhobenen Beschlüsse entgegengesetzt. In dem einen Antrag also die Erklärung, daß Korruption nicht vorgekommen sei und in dem anderen der Vorwurf der Korruption.

Gegen den kommunistischen Antrag stimmten Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei, für ihn die Kommunisten, die ihnen verbündeten Nationalsozialisten und Deutschnationalen, außerdem die beiden volksparteilichen Abgeordneten sowie die Vertreter der Landvolkpartei und des christlich-sozialistischen Volksbundes.

Der Vorwurf, Dr. Waade habe den Ausschuss in der Frage seiner Beschlüsse irreführend, ist durch eine Untersuchung des Reichsernährungsministers vollkommen widerlegt worden. Minister Schiele hat als Ergebnis dieser Untersuchung feierlich vor dem Ausschuss erklärt: „Ich habe bei Durchsicht der Protokolle und in Würdigung des ganzen Sachverhalts keinen anderen Eindruck gewinnen können, als daß Dr. Waade sich pflichtgemäß bemüht hat, die Arbeiten des Ausschusses durch sachliche und wahrheitsgemäße Auskünfte zu unterstützen. Ich möchte noch bemerken, daß, wenn ich im Verlauf der Dinge einen anderen Eindruck erhalten hätte, ich daraus pflichtgemäß als Minister die Schlussfolgerung gezogen hätte.“

Daß trotz dieser völligen Klärung des Sachverhalts Nationalsozialisten und Kommunisten ihre Agitationslägen aufrechterhalten und der Deutschnationale Stubbendorf mit ihnen gemeinsame Sache macht, wird niemanden wunder nehmen. Wenn aber Mitglieder bürgerlicher Parteien unter der geistigen Führung des ehemaligen Staatssekretärs Schmidt (genannt Schweine-Schmidt) den Kommunisten Gefolgschaft leisten, so zeigt das, wie die Sorge um die Sicherung privatarbeitlicher Profite nicht vor Widersprüchen zurückbleibt und den selbstverwundlichen Respekt vor der Ehre und dem guten Namen eines ihnen wegen seiner sachlichen Stellungnahme persönlich verhassten Mannes in den Wind schlagen läßt.

Drei Monate Gefängnis für SA-Führer

3. Kurtwangen, 27. Juni. Der Führer der SA, Kurtwangen, Wiedemann, wurde wegen Verstoß gegen die Notverordnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die SA, Kurtwangen hatte unter der Führung von Wiedemann am Nachmittag des 3. Mai einen Marsch nach Neudorf und Güttenbach, ohne vorherige Genehmigung durch das Bezirksamt unternommen.

Das Urteil gegen Nazi-Regierungsrat Fabricius bleibt

In dem Prozeß gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten, Regierungsrat Fabricius, verurteilt die Berliner Strafkammer beide Verurteilungen hinsichtlich der Beamtenbelästigung, so daß das Urteil erster Instanz auf 150 M. Geldstrafe bestätigt wurde.

Widerrück des bulgarischen Kabinetts

Sofia, 28. Juni. Ministerpräsident Daniloff ist mit seinem gesamten Kabinett zurückgetreten. Der König berief darauf die Führer des Oppositionsblocks und früheren Ministerpräsidenten Rakoff, um ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts zu betrauen.

Kein Anschluß Mecklenburgs an Preußen

Der beabsichtigte Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen ist gescheitert.

Keine Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens

Wie WTB-Handelsdienst meldet, wird das deutsch-polnische Roggenabkommen, das mit dem 30. Juni 1931 abläuft, nicht verlängert werden.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag unterzeichnet

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rumänien ist unterzeichnet worden.

Freistaat Baden

Zur neuen badischen Koalition

Die badischen Zeitungen behandeln naturgemäß ziemlich ausführlich die Umbildung der Koalition in Baden und der badischen Regierung. Vielfach offenbaren die Blätter sehr große Ueberraschung darüber, daß der Genosse Dr. Kemmele aus der Regierung ausscheidet. Der Karlsruher Korrespondent der Frankfurter Zeitung hat mit dem besonderen Scharfsinn, der die badischen Demokraten in der letzten Zeit auf politischem und journalistischem Gebiete so hervorragend auszeichnete, entdeckt, daß Genosse Kemmele wegen der nunmehr erfolgten Regierungsumbildung zurückgetreten sei. Es ist durchaus richtig, daß auch Genosse Kemmele ein Gegner der Koalitions- und Regierungsumbildung ist, die sich nunmehr vollzogen hat, aber, wie wir schon am Samstag eingehend darlegten, hat das Ausschließen Kemmeles aus der badischen Regierung mit der neuen Koalitionsbildung und Regierungsbildung nichts zu tun. Genosse Kemmele scheidet nach Mannheim über und folgt einem Rufe der Mannheimer Parteiorganisation, indem er die Leitung des Druckereiuunternehmens der Mannheimer Volkstimme übernimmt, womit verbunden ist, daß sich Kemmele in stärkerer Nähe der Ausübung des Mannheimer Reichstagsmandats widmet. In der Presse aller Parteien werden dem Genossen Kemmele für seine Tätigkeit als badischer Innenminister während der schweren Aufbauarbeit des badischen Staates Worte der Anerkennung gesollt.

In der bürgerlichen Presse werden ziemlich ausführlich die Betrachtungen wiedergegeben, die am Samstag sowohl im Volksfreund wie in der Mannheimer Volkstimme über die Umbildung der badischen Regierung angestellt worden sind. In der Volkstimme schreibt Chefredakteur Genosse Harpuder:

„Unsere Landtagsfraktion hat sich also nun doch — trotz unserer, des Volksfreunds und des Parteiausschusses Warnung — für die Kombination mit der Volkspartei entschieden. Bei diesem Entschlusse hat neben dem Verhalten der Demokraten entscheidend der Gedanke mitgewirkt, daß es bei einem Verbleiben der Sozialdemokratie in der Koalition doch noch gelingen könnte, wenigstens ein noch weiteres Vordringen der badischen Politik nach rechts hinzuzubekommen: ein Gedanke, der natürlich von Anfang an mit im Bereich der darüber abzufragenden Erwägungen stand.“

Wir für unsere Partei halten die damit getroffene Lösung für den ersten badischen Schritt auf einer abhelfenden Bahn und haben uns deshalb mit all unseren Kräften gegen dieses Experiment gewehrt. Wir hielten die ganze Entwicklung in dieser Richtung für vermeidbar und haben uns — schon in einem früheren Stadium, als die Dinge noch flüchtig waren und noch bevor wir die erste Zeile in dieser Sache geschrieben — mit Nachdruck darum bemüht, nicht Wirklichkeit werden zu lassen: leider ohne Erfolg. Und so muß man denn den Dingen nunmehr ihren Lauf lassen.

Wir begnügen uns heute keinen Zweifel, daß unsere Fraktion, wie schon bisher, und jetzt erst recht anlässlich der neuen Lage, alles tun wird, um die sozialdemokratischen Gesichtspunkte in der weiteren Regierungsbildung soweit als möglich zur Durchsetzung zu bringen. Und es braucht auch in dieser Stunde wohl nicht noch der besonderen Betonung, daß wir unsere Landtagsfraktion in diesem Punkte nach unserem besten Vermögen unterstützen werden.

Leider werden aber naturgemäß fortan mit der Berücksichtigung der Kräfte in der Koalition ungunsten unserer Partei auch die Möglichkeiten eines solchen erfolglosen Durchdringens wesentlich geringer sein als in den letzten zwei Jahren, geringer auch als in der vorherigen Weimarer Koalition. Mit um so größerem Nachdruck wird jetzt gearbeitet werden müssen. Unsere Volkstimme wird zu diesem Zwecke immer bereit stehen, auch wenn wir selber die Verantwortung für dieses Experiment ablehnen und uns deshalb nach wie vor der neuen Kombination gegenüber die volle Freiheit des Urteils und des Handelns bewahren müssen.

Die Wahl der neuen badischen Regierung

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Badischen Landtags, die am Dienstag, 30. Juni, nachmittags halb 4 Uhr, stattfindet, steht als erster Punkt die Wahl der Minister und Staatsräte. Darauf wird das Haus zur Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters

schreiten. Ferner wird die Wahl des ersten Vizepräsidenten des Landtags erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion schlägt für diesen Posten den Landtagsabgeordneten Georg Reinhold vor. Für Mitte nächster Woche ist auch das Spargutachten zu erwarten.

Fhr. vom Stein und die dringende Reichsreform

Eine aktuelle Forderung Kemmeles

Aus München wird berichtet:

Zur Feier des 100. Todestages des Freiherrn vom Stein veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutsche Studentenverband, der Republikanische Klub, die Vereinigung der republikanischen Presse und der Deutsche Automobilklub, zusammen mit dem Republikanischen Kartell München, am Freitagabend eine Kundgebung, die den großen Saal des Bürgerbräuellers Münchens mit seinen Galerien vollbesetzt sah. Der Stadtrat München war durch Altbürgermeister Schmid vertreten, die Mitglieder der bayerischen Regierung hatten ihr Nichterscheinen durch anderweitige Spannungsmaßnahmen entschuldigen lassen.

Der badische Unterrichtsminister Dr. Kemmele, der als Redner des Abends über das Thema „Freiherr vom Stein, Reich und Länder“ gesprochen worden war, gab zunächst einen Überblick über den Lebenslauf Steins, wobei er besonders hervorhob, daß Stein die Vorzüge der Selbstverwaltung in seiner Stellung als Oberbürgermeister in Westfalen kennen und schätzen lernte. In diesen Kämpfen, an denen Stein lebhaften Anteil nahm, mußte die westfälische Selbstverwaltung gegen die Kaiserliche des preussischen Königs, aber auch gegen das Beamtenumverteilungswesen, als er zum Chef der obersten Zivilverwaltung in Preußen ernannt worden war, erfolglos seine Hauptforderungen, die Abschaffung der Leibeigenschaft, die Erhaltung der Freiheit des Bodens gegenüber den alten Herrschaftsverhältnissen, die Einsetzung der Selbstverwaltung in den Gemeinden. Eine Gesichtspunktstellung schimmerte Art sei es, von Stein zu behaupten, ihm seien die kleinen Länder heilig gewesen. Stein habe in seinem ganzen Leben die Kleinstaaterei als ein nationales Unheil für Deutschland bezeichnet. Wäre er an der Macht geblieben, dann würde eine große Zahl deutscher Fürstentümer als nationaler Staat in die Welt gesetzt worden. In Deutschland ein nationales Reich im Sinne eines Großdeutschlands zu machen. Stein sei aber trotzdem kein Antiarier extremer Art gewesen, die Kleinstaaterei sollten nach seiner Ansicht verschwinden, die großen Länder aber in ihrer territorialen Form erhalten bleiben.

Stein wolle aber den Weg vom Absolutismus zur Konstitution vorföhrlich gegangen wissen, den Marsch weiter fortzusetzen zur Demokratie er nicht bereit. In der Demokratie sah er bereits Gefahren für die Existenz der Monarchie und gerade deshalb drängte er die Herrscher seiner Zeit zur Konstitution, um ein Fortschreiten zum Radikalismus zu verhindern. Nach dem Kriege und heute noch befindet sich Deutschland in ähnlicher Situation wie damals. Die als unerlässlich erkannte Vereinfachung der Verwaltung sei heute noch nicht durchgeführt, noch herrsche infolge dessen der von Stein so sehr bekämpfte Schreiberstaat, noch fehle es an einem gesunden Behördenaufbau in Reich, Ländern und Gemeinden.

Das staatspolitische Fazit der Steinischen Ideen könne nur so gezogen werden: dem Reich stehende in allen Lebensfragen die absolute Volksherrschaft zu, in ihm seien eine Anzahl großer Länder die Wächter des Reichswillens und in dieser Eigenschaft hätten die Länder der noch genug der Arbeit. In so geordneten lebensfähigen Ländern könnten dann auch die Gemeinden wieder gefunden. Steins Zielstreben könne anders nicht verstanden werden, sein uns überlassenes Erbe müsse als die stützende Grundlage eines auf der Basis des Gemeinwells aufzubauen Staates angesehen werden. Durch die Staatsumwälzung von 1918 seien Steins Staatstheorien zu erheblichem Teil in die Praxis umgesetzt worden, aber Wesen bleibe noch zu tun übrig. Die Republikaner sollten dafür sorgen, daß nicht spätere Geschlechter den Vorwurf erheben, daß wir die Politik verpöhrter Gesichtspunkte getrieben hätten. Der wahre Geist Steins müsse die gesunde Grundlage für das gemeindliche Zusammenleben sein, für die Erhebung aller Schichten unseres Volkes zur Staatsverantwortung.

Ein deutscher Stahlhelmer

Zierden aus der „nationalen“ Front

Im Laufe des letzten Jahres hat hier wiederholt ein Werner Münch aus Zwidau die Öffentlichkeit beschäftigt, der zwar den Aussehen seiner Mutter nach „außersächlich“ ersehen worden ist, dessen Strafregister aber in ganz kurzer Zeit so umfangreich geworden ist, daß der Stahlhelmer dessen Mitglied er war, jetzt verurteilt, ihn abzuwickeln.

Dieser jetzt 23jährige Burche hat sich vor etwa 18 Monaten als Geschäftsführer einer Firma Harasim u. Co. ausgedungen. Zufällig hat sich die Firma Harasim in der Wochenchrift Der Stahlhelmer, dem amtlichen Organ des Stahlhelms, an, gegen Leistung von 20,45 M. Kontraktspesen Stahlhelmlieuten in Frankreich Arbeit zu übermitteln. Nachforschungen ergaben jedoch, daß die Firma Harasim mit diesem „Menschenhandel mit dem Erbfeind“ nichts zu tun hatte. Ihr Platzvertreter in Zwidau, Herr Werner Münch, hatte den Namen der Firma als Deedresse verwendet, um möglichst unbekannt im Hintergrund bleiben zu können.

Während der Zeit, in der er Geschäftsführer der Firma Harasim und Stellvertreter für deutsche Arbeiter nach Frankreich war, besaß Münch aber unbedenklicher Weise über 1200 Mark Erwerbslosenunterstützung. Um diese Schwinderei durchzuführen zu können, übernahm seine Mutter die Geschäftsführung der Firma Harasim; er selbst meldete sich von Zwidau ab und hob in Paris und Crémieux Arbeitlosenunterstützung ab. Wegen dieser Betrügereien wurde Münch letztendlich mit vier Monaten Gefängnis bestraft.

Als die Polizei und das Arbeitsamt durch Veröffentlichungen in der Presse auf Herrn Münch aufmerksam geworden waren, war das besonders dem Stahlhelmer sehr fatal, der kurz vorher während des Volksbegehrens gegen den Vornplan fertig über den angeblichen Menschenexport deutscher Arbeitsämter nach Frankreich gesetzt hatte. Er war in die Affäre Münch verwickelt. In den an die Bewerber gefandenen Auswanderungsbedingungen stand geschrieben, daß die Ortsgruppe Zwidau des Stahlhelms in dieser

Sache gern Auskunft gäbe, und die Inserate Münchs hatten ja in der Stahlhelmszeitung gestanden.

Münch wurde wegen Verletzung des Arbeitsvermittlungsgesetzes und Berechnens gegen die Gemeinordnung zu 130 M. Geldstrafe verurteilt. Er unterwarf sich diesem Urteil nicht, sondern ging in die Berufung. Die I. Strafkammer des Landesgerichts Zwidau hatte sich daraufhin mit dieser Sache noch einmal zu beschäftigen.

Münch wurde schon bei der Vernehmung zur Person vom Richter beim Schwindeln erwischt. Er gab sich nämlich als Generalsekretär des Deutschen Kampfbundes der Arbeiter an, obwohl er dort nur einige Wochen war und seit langem schon entlassen ist. Noch mehr wurde aber diese nationale Leuchte durch einen Brief charakterisiert, der dem Gericht vor einigen Tagen zugegangen war. In diesem Brief, den Münch an den Ingenieur Melchert nach Nancy geschrieben hatte, gab er diesem, seinem Komplizen, nach dem Einschreiten der Polizei Kenntnis.

Er forderte Herrn Melchert auf, so auszusagen, wie er es ihm mitteile. Damit seine Gewinnbeteiligung an dem Menschenhandel in Deutschland unerkannt bleibe, sollte Herr Melchert sich in Paris ein Postfachkonto zulegen. Auf dieses Konto sollten die Doppelkonten einzahlen, und Melchert sollte ihm von dort aus seinen Gewinn übermitteln.

Nach der Bekanntgabe dieses Briefes, der im Gerichtssaal sensationell wirkte, zog Münch seine Berufung zurück. Aber bevor sich die Erregung noch ganz gelegt hatte, pläzte die zweite Kammer Staatsanwalt Dr. Meiners verlas ein Schreiben, das Münch nur einigen Tagen an eines seiner Opfer, das gestern als Zeuge aufzutreten sollte, geschrieben hatte und in dem er den Zeugen auftrug, falsch auszusagen. Die dritte Session kam gleich hinterher: Münch wurde sofort verhaftet, da gegen ihn ein Haftbefehl eines Berliner Gerichts vorlag, und wegen der Berechtigung zum Meineid Verdunkelungsabsicht beschl.

Gewerkschaftliches

Die Sozialreaktion im Baugewerbe

Die Arbeitgeberverbände der Bauunternehmer veranlassen gegenwärtig in Berlin eine sogenannte 6. Deutsche Bauwoche, die sie zu einer großen Kundgebung ausnutzen.

Der reaktionäre wohnungspolitische Wandstempel der Bauunternehmer — u. a. Befestigung des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes — wird durch ihre sozialpolitischen Forderungen würdig ergänzt. Sie verlangen eine „Annohne Tarifverträge“ und Sozialpolitik, deren Sinn darin besteht, von der Arbeiterbewegung die Aufgabe ihres Bestehens an ihren starren Grundrissen, besonders in der Lohnpolitik, der Arbeitszeitfrage und im Sozialversicherungswesen zu fordern“ und der Reichsregierung eine Verschärfung der Notverordnung vom 5. Juni in Richtung eines beschränkten Abbaus der Leistungen in der Unfallversicherung nahezuweisen.

Besonders muß bemerkt werden, daß der Leiter des Statistischen Reichsamtes, Professor Dr. Wagemann, das reaktionäre Programm der Bauunternehmer durch ein Referat „wissenschaftlich“ zu stützen veruchte, indem er die Arbeitslosigkeit unter der Bauarbeiterchaft auf die Erhöhung der Wohnungsbaukapitalien durch Uebersteigerung der sozialpolitischen Maßnahmen zurückführt.

Den reaktionären Forderungen der Arbeitgeber im Baugewerbe liegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ihr Programm der Erhaltung des Mieterschutzes und einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung durch ausreichende öffentliche Mittel, insbesondere für den Wohnungsbau, entgegen.

Die Bonzenpyramide

In der Münchener Zeitschrift „Kultur“ (1930 S. 8) hat der Kommunist Geistmann, wie der Freie Anzeiger des 3. d. J. schreibt, unter dem Motto „Der SWD-Apparat — 300 000 Köpfe zu verpacken“ eine fasslose Rechnung aufgemacht. Allein im Parteiparat und in den freien Gewerkschaften seien 17 000 Bonzen auf fette Pösten. Bereits im Januar hat der Tat hat der große Unbekannte, der unter dem Pseudonym Friedrich die „Hilfsarbeiter“ des Reichsbanners in der Zeitschrift schreibt (man merke, daß sich der junge Boris dahinter verbirgt), zu diesen „Hilfsarbeitern“ folgende Zahlen bemerkt: „Aber all diese Helfer sind keine „Hilfsarbeiter“, die die Mittelklasse führt, jeder Buchhalter und jeder Arbeiter, der bei den Linienwerten am laufenden Band steht.“ Friedrichs Berechnung der „Bonzen“ reduziert daher unter Ausschaltung der Angestellten und Arbeiter die Ziffern des roten Aufbau gewaltig. Aber er übernimmt a. B. von Geistmann genau die angebliche Zahl der Gewerkschaftsleiter mit 887, darunter auch das NS-Bundesbüro mit der wirklich bestehenden Zahl von 20, bei der, das bei Herrn Friedrich mitgeteilt, ebenfalls auch die Kontrollanten und Stenotypistinnen, diese Bonzen in ihren Klemmerbüchern eingerechnet sind. Eine wirklich unerhörte Bonzokratie!

Für die neu erschienene Zeitschrift „Arbeitertum, Blätter für Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (1. Jahrgang Folge 2, S. 31), ist die rote Aufbauorganisation natürlich ein gattatorischer Gegenstand. Nr. 16 1931 schon vollstreckt ihr (worauf die Gewerkschaften keine Verlegenheit dabei: Sie zählt nämlich die Gewerkschaftsangehörigenposten auf, legt aber als Schlußsumme unter die einzelnen Posten die Gesamtsumme von Partei und Gewerkschaften, die mehr als doppelt so hoch ist, als sich bei der Zusammenrechnung der abgedruckten Aufstellungen ergibt. Aber — wer hat schon nachgerechnet? Und wer weiß denn schon, daß hier jede Hilfskraft, jede Schreibmaschinistin und jeder Bürohelfer als Bonze mitgerechnet ist? Der Bonze als Schimpfwort steht doch so gut! Aber vielleicht macht man jemand, der eben so viel Zeit hat, eine andere Denkmaraufgabe, nämlich, wieviel „Bonzen“ im Apparat der NSDAP, vom „Führer“ im Kremlen, Haus über die Däse, Stafs, usw. bis zu den bezahlten SA-Männern, den besabiten Gruppenführern usw., nicht zu verzeihen die Angeordneten in allen Verwaltungen und Betrieben, die bei Herrn Geistmann eingerechnet sind, beschäftigt sind? Oder wieviel Angestellter-Bonzen der Sowjetstaat hat? Sicher ein lehrreicher Vergleich!

Der Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter in Stuttgart hat seine Tagung beendet. Das Statut des Verbandes ist unverändert bestehen geblieben. Die Rechte der Mitglieder wurden voll aufrecht erhalten. Der Verbandstag ging sogar darüber hinaus und beschloß eine Erhöhung der Anwalts-Gehälter. Darüber hinaus nahm der Verbandstag einen Antrag an, der den arbeitslosen ausgefallenen Mitgliedern eine Sonderunterstützung von je 10 Mark aufkommen läßt. Der Verbandstag hat fleißig gearbeitet. Die der Sekretär der Buchdrucker-Internationale feststellte, daß das Plenum allein nicht weniger als 43 1/2 Stunden getagt. Der Koll. Sauer, Vorsitzender des Buchbinderverbandes, wünschte, daß im Bereiche des Graphischen Bundes die bisherige Kameradschaft und die gegenwärtige Hilfe aufrecht erhalten werden möge.

Welches Vertrauen die graphischen Hilfsarbeiter zu ihren Führern haben, kam bei den Wahlen zum Verbandsvorstand zum Ausdruck. Die beiden Verbandsvorsitzenden, der Kassierer und der Redakteur, wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter protestiert schließlich gegen die einseitige die Arbeiterchaft schwer belastenden Finanzmaßnahmen der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Die darin enthaltenen Bestimmungen verschärfen den bereits unerträglich gewordenen Notstand der Arbeitslosen, sowie der Arbeitermassen.

Aus dem Gerichtssaal

Die Plaidoyers im Wohnungsbauprojekt Heidelberg

Heidelberg, 28. Juni. Am gestrigen 9. Verhandlungstag im Heidelberger Wohnungsbauprojekt wurden die Plaidoyers erledigt. Am Schluß seines ausführlichen Plaidoyers beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den früheren Reichsanwalt Ludwig Müller eine Gesamtschuldschuldhaftigkeit von vier Jahren und fünf Jahren Ehrverlust; gegen den Mitangeklagten, Diplontkaufmann Goldschmidt eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren. Der Verteidiger des Angeklagten Müller plaidierte für weitgehende mildernde Umstände. Das Gericht möge den Fall aus dem Gesichtskreis der öffentlichen Meinung herausnehmen. Der Verteidiger des Angeklagten Goldschmidt plaidierte auf die Mindeststrafe. Die Urteilsverkündung ist auf Montag abend 6 Uhr angesetzt.

Städte und Notverordnung

Unzureichende Entlastung der Städte durch die neue Notverordnung

Vom Badischen Städteverband wird uns geschrieben:

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes befaßte sich vor einigen Tagen mit den durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 erforderlichen Maßnahmen und erweiterte dabei einsehend die Auswirkungen der Verordnung auf die Finanzlage der badischen Städte. Leider muß festgestellt werden, daß sich die Reichsregierung bei dieser Sanierungsaktion im wesentlichen darauf beschränkt hat, den Haushalt des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, daß aber die für die künftigen Finanzen vorgegebenen Erleichterungen bei weitem nicht ausreichen, um die überall vorhandenen Fehlbeträge zu decken, und daß diese Erleichterungen überdies durch gewisse Lastenveränderungen und Mehrbelastungen der Städte auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege teilweise wieder gegenstandslos werden.

Den wiederholten Anträgen der Städte nach einer grundlegenden Reform der Arbeitslosenfürsorge und Zusammenfassung der Krisenunterstützungsempfänger und Wohlfahrtsverbandslosen in einer einheitlichen Gruppe von Unterstützungsempfängern hat die Notverordnung nicht Rechnung getragen, obwohl dadurch nicht nur eine Entlastung der Städte, sondern auch eine zweckmäßigere und sparsamere organisatorische Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge erreicht worden wäre. Ebenso konnte sich die Reichsregierung nicht entschließen, die kommunale Wohlfahrtspflege durch eine Ausdehnung der Krisenfürsorge zu entlasten oder den Gemeindeanteil an den Aufwendungen für die Krisenfürsorge zu erlassen, was die von der Reichsregierung einseitig Brauns-Kommission empfohlen hatte. Im Gegenteil wurden die Gemeinden noch verpflichtet, künftig monatliche Vorküsse auf ihren Anteil an der Krisenfürsorge zu leisten, diese Vorküsse im Vorausfall mit 2 Prozent über dem Diszontsatz zu verzinsen und sie sich erforderlichfalls an den Reichsüberweisungsstellen abgeben zu lassen.

Die von den Städten schon seit Jahren geforderte Wiedereinführung des Unterstützungsmittelbesitzes in der allgemeinen Wohlfahrtspflege, die mit der Zeit zu einer wesentlichen Entlastung der städtischen Haushalte führen würde, ist ebenfalls unterblieben. Dafür bringt aber eine Reihe von Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und der Krisenopferversorgung eine ganz empfindliche Mehrbelastung der Städte. Die Kürzung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung um durchschnittlich 10 Prozent, die Verlängerung der Wartezeit, der weitgehende Ausschluß der Wiedereingliederung von Arbeitslosenunterstützung, die Herabsetzung der Unterhaltungen nach Höhe und Dauer für Saisonarbeiter und die Kürzung der Bezüge der Kriegsschadigten und Kriegserbinterbliebenen werden in dieser Richtung sich auswirken.

Die Einparungen des Reiches und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sind also in Wirklichkeit teilweise durch eine Steigerung der Fürsorgeaufwendungen, mithin durch eine Lastenverteilung zum Nachteil der Städte erzielt, ohne daß den Städten aber gleichzeitig neue Deckungsmittel in dem entsprechenden Umfang zur Verfügung gestellt worden wären. Nach einer Schätzung des Deutschen Städteverbandes wird sich der durch die dauernd gemachten Kürzungen im Rechnungsjahre 1931 zu erwartende Fehlbetrag der deutschen Städte auf nicht weniger als 625 Millionen Mark belaufen. Dabei ist der infolge der neuen steuerlichen Mehrbelastung der gesamten Bevölkerung und Verschlechterung der Wirtschaftslage entfallende weitere Ausfall an den Reichsüberweisungssteuern noch nicht einmal berücksichtigt. Von diesem Fehlbetrag wird durch Einparungen aus der Gehaltskürzung und den Dotationen des Reiches und der Länder kaum ein Drittel gedeckt. Wie die Städte die restlichen Defizite ausgleichen sollen, ist zur Zeit noch völlig unklar.

Im einzelnen muß noch darauf hingewiesen werden, daß auch die Art der Verteilung des von dem Reich aus der Lohnsteuer zur Verfügung gestellten Betrages von 60 Millionen Mark zu durchaus unbilligen Ergebnissen führt und den Interessen der Gesamtheit der Städte keineswegs gerecht wird. Durch die Beschränkung der Reichszuschüsse auf diejenigen Städte, deren Wohlfahrtsverbandslosen über 75 Prozent des Reiches durchschnittlich liegt, gehen mehrere badische Städte leer aus, deren gesamte Finanzlage eine Unterstützung gleichwohl rechtfertigen würde. Die Unbilligkeiten des Verteilungsschlüssels werden vor allem auch dadurch vergrößert, daß die Zahl der von verschiedenen Städten in Vorstandsarbeiten untergebrachten Wohlfahrtsverbandslosen bei der Verteilung der Mittel nicht berücksichtigt wird.

Außer den Reichszuschüssen sollen zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden auch diejenigen Beträge dienen, die die Länder durch die Gehaltskürzung ersparen. Es muß verlangt werden, daß das Land Baden die gesamte, auf diesem Wege gewonnene Summe ihrer Zweckbestimmung zuführt und nicht nur die Hälfte, wie dies offenbar beabsichtigt zu sein scheint. Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als das Land von der außerordentlichen Steigerung der Fürsorgekosten in den letzten Jahren überhaupt nicht betroffen wurde, und der Finanzansatz für die badischen Städte sowohl in ihrem Verhältnis zum Staat wie auch zu den Landgemeinden im Vergleich mit anderen Ländern ganz besonders ungünstig ist. Bei der Verteilung der Mittel ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die durch den Verteilungsschlüssel des Reiches entstehenden Unbilligkeiten weitgehend wieder ausgeglichen werden.

Aus aller Welt

Reichsbannerauto verunglückt

Wien, 28. Juni. Bei der Rückfahrt von einem Gattreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Döbeln fuhr am Sonntag abend auf der Staatsstraße zwischen Döbeln und Leipzig ein mit 17 bis 18 Reichsbannerleuten besetzter Pkw-Transportwagen verunglückt infolge Verlangens der Steuerung gegen einen Baum. Sämtliche Insassen des Wagens bis auf einen wurden verletzt, davon sieben schwer. Der Wagen wurde vollständig zerstört.

Selbstmord der Gattin Lupa Pids

Berlin, 28. Juni. In ihrer Wohnung in Wannsee wurde heute vormittag die 46 Jahre alte Gattin des vor kurzem verstorbenen Filmregisseurs Lupa Pids, Albertine Pids, mit Beronal vergiftet, tot aufgefunden. Aus einem Abschiedsbrief ging hervor, daß sie ihrem Leben ein Ende bereiten wollte, weil sie ohne ihren Mann nicht weiterleben wollte.

Unfall eines englischen Groß-U-Bootes

Portsmouth, 28. Juni. Eines der größten englischen Unterseeboote, „X 1“, erlitt hier, als es ins Dock gehen sollte, einen Unfall. Infolge des Nachgebens einiger Stützbalken legte sich das Boot auf die Seite und sein Innenraum füllte sich mit Wasser. Veruche, das Schiff wieder aufzurichten, sind noch im Gange. Von der Beladung wurde niemand verletzt.

Die Hauptversammlung der Deutschen Ingenieure

Köln, 28. Juni. Die Hauptversammlung des Vereines Deutscher Ingenieure wurde heute nachmittags von dem Vorsitzenden des Vereines, Generaldirektor Dr. ing. h. c. Koetgen eröffnet.

Höjris und Hilla kommen nach Deutschland

Kopenhagen, 28. Juni. Die dänischen Ozeanflieger Höjris und Hilla werden morgen mittag um 12 Uhr mit ihrem Flugzeug von Kopenhagen nach Berlin fliegen, wo sie gegen 2 Uhr auf dem Flughafen Tempelhof eintreffen werden. Am Dienstag wird Hilla nach seiner Vaterstadt Steinbrücken bei Gera reisen, wo er seinen dort lebenden Bruder besuchen will. Von da werden sie nach Paris fliegen und am 9. Juli nach Amerika zurückreisen.

Poß und Gatty in Chabarowit eingetroffen

W.W. Chabarowit, 28. Juni. Die beiden amerikanischen Flieger Poß und Gatty sind hier wohlbehalten eingetroffen. Man hofft, daß sie bereits morgen früh direkt nach Rome weiter starten.

Brand auf der Pariser Kolonialausstellung

Paris, 28. Juni. Auf der Internationalen Kolonialausstellung ist im holländischen Pavillon Feuer ausgebrochen, das die gesamte holländische Ausstellung gefährdete. Die Feuerwehr konnte glücklicherweise den Brand, der, wie man vernimmt, durch Kurzschluß entstanden ist, löschen und so das Uebergreifen des Feuers auf andere Ausstellungshallen verhindern. Nur zwei kleine

Kioke erlitten Schaden, Man schätzt den Brandschaden auf mehr als eine halbe Million Gulden.

Deutsche Dichter als Maler und Zeichner in Heidelberg

In Heidelberg wurde die Ausstellung „Deutsche Dichter als Maler und Zeichner“ eröffnet. Mit der Durchführung der Ausstellung wurde der Konservator am badischen Landesmuseum Dr. Kurt Martin in Karlsruhe beauftragt, der unterstützt von dem Geschäftsführer des Kunstvereins, Kunstmaler Franz, die Ausstellung organisierte. Die Ausstellung war besonders schwierig zusammenzubringen, weil zahlreiche Museen nach dem Brande des Glaspalasts in München die Abgabe ihres Bestandes zunächst ablehnten. Nach längeren Verhandlungen haben sich die Museen, um die Vollständigkeit der geplanten Ausstellung nicht zu gefährden, dennoch entschlossen, ihre Stücke nach Heidelberg für die Ausstellung zu verleihen. So sind noch in den letzten Tagen durch einen besonderen Beamten der hiesigen Museumverwaltung hierher 15 Bilder und Zeichnungen von Goethe gebracht worden, ebenso sind zuletzt die schönsten letzten ausgestellten Bilder von Stifter und das einzig erhaltene Gruppenbildnis von E. Th. v. Hoffmann eingetroffen. Dank des Entgegenkommens der Museen und deutschen Länderministerien ist so eine Ausstellung ermöglicht, die wohl in ihrer Art und Vollständigkeit einmalig bleiben wird. Von bedeutenden Dichtern sind folgende Namen als Maler und Zeichner vertreten: Grimmsbauern, Goethe, Maler Müller, Schiller, Brentano, Arnim, Bettina, Hoffmann, Moritz, Keller, Scheffel, Busch, Reuter, Ulland, Dauff, Körner, Kerner, Kopisch, Hauptmann, Daubenden Urub und Burte, sowie etwa 40 andere Dichter. Es ist wohl kein Name unvertreten, der sich mit zeichnerischen, malerischen oder plastischen Arbeiten versucht hat.

Europäische Zollunion

Das Ergebnis einer Umfrage

Die erste enqueteartige Befragung innerhalb der deutschen Textilwarenindustrie über die Meinung der einzelnen Firmen von Niederlegung der europäischen Zollmanern ist in Verbindung mit einer Umfrage erfolgt, die das Institut für Konjunkturforschung in Berlin und das Leipziger Reichamt gemeinschaftlich an die Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse 1931 gerichtet haben. Wenn auch eine einstimmige Zustimmung zum Wegfall der innereuropäischen Zölle von vornherein nicht zu erwarten gewesen ist, so überrascht doch das Ergebnis: 85 v. H. der antwortenden Firmen haben sich für und nur 5 v. H. gegen den Wegfall der innereuropäischen Zölle ausgesprochen. Dieses Verhältnis gilt sowohl für die Produktionsstätten als auch für die Produktionsstätten-industrien. Geringschätzungen belaufen allerdings innerhalb der ersten Gruppe, und zwar haben sich hier 93 v. H. der Hersteller von Hausat und Wohnbedarf für und 7 v. H. gegen die Befestigung der Zollmanern ausgesprochen. In der Gruppe Kultur- und Luxusbedarf sind 97 v. H. für und 3 v. H. gegen und bei Textilwaren 88 v. H. für und 12 v. H. gegen, bei Süßwaren jedoch volle 100 Prozent für die Befestigung aller innereuropäischen Zollschranken.

MAGGI'S billigste! **1 Würfel nur noch 10 Pfg.**

SUPPEN



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

29. Juni

1798 *Erzähler Wilhelm Meris. — 1798 *Städtischer Dichter Giac. Leopoldi. — 1831 *Staatsmann R. von und zum Stein. — 1895 *Enghlischer Naturforscher Th. S. Gurley. — 1910 *Christine Heibel. — 1929 *Schriftsteller Fritz Maubacher. — 1927 Vereinigung „Republikanische Presse“ gegründet.

Johannisfeier im Stadtpark

Daß die für Karlsruhe traditionelle Johannisfeier bei der Bevölkerung jedes Jahr denselben guten Anklang findet, bewies auch diese Feier am Samstagabend im Stadtpark, die von herrlichem Wetter begünstigt war. Trotz der Not der Zeit, wo überall Geldmangel herrscht und schon die kleinste Geldausgabe eine Belastung bedeutet, fanden sich die Besucher wieder zu vielen Tausenden ein, von all den ebenfalls in die Tausende gehenden Tausenden aus zu schweigen. Den künstlerischen Teil übernahm das Philharmonische Orchester unter der Direktion von Herrn Guhr und es hatte aus dem unter den obwaltenden Verhältnissen sehr eng besetzten Repertoire eine schöne Blütenlese hervort.

Im Mittelpunkt des Abends standen natürlich das Feuerwerk, die bengalische Beleuchtung des Sees und das Abfeuern des Holstokes. Zwar gab es viele Anecdote, die nicht erwartet konnten bis endlich mit dem Feuerwerk begannen wurde. Als desfalls gegen 10 Uhr zwei Kanonenschläger den Beginn ankündigten, da war schon Begeisterung in der erwartungsvollen Besucherenschaft. Und um es rundweg zu sagen: die Firma Heibel in Heidelberg hat sich alle Mühe gegeben, mit dem Festen auf dem vorerwähnten Gebiete aufzuwarten. Raketen und Bomben schickten, trachten und beulten in die fernste Nacht hinein. In mächtiger Höhe lauten Feuerwerkskörper, um sich sodann am Schluß in farbenprächtige Feuerbäume zu verwandeln. Kein Wunder, wenn das Licht und die einer vielstündigen Menge kein Ende nehmen wollte. Goldregen strahlte, feurige Schwärmer spielten sich im See, die Begeisterung des Publikums steigerte sich immer mehr und erreichte ihren Höhepunkt, als ein prächtiger Wasserfall seine leuchtenden und glänzenden Formen in den See ergoß. Das Publikum ließ sich zu Beklatschungen herbei, die sich mehrmals wiederholten. Den Abschluß des prachtvollen Kunstfeuerwerks bildete die Fackelzug, „Das Badnerland“ mit badischen Wappen. Noch einmal tausendfacher Beifall als Zeichen der Zufriedenheit über den seltenen Genuss.

Die anschließende bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen schuf, wie immer, ein farbenprächtiges, geradezu magisches Bild, das durch die vielen roten Lampen auf den fahrenden Booten und im Garten in seinem Effekt noch erhöht wurde.

Flamme empor! Mächtig loderten sodann die Flammen des Holstokes aus dem See gen Himmel empor und erfreuten die Zuschauer.

Kursum, es war wieder ein genussreicher Abend, der bei allen Teilnehmern Freude auslöste.

Zu wünschen wäre, wenn — vielleicht anlässlich des Verfassungstages — ein Kunstfeuerwerk mit bengalischer Beleuchtung des Sees und der Anlagen zu recht billigem Eintrittspreis — vielleicht 20 Pfennig — aber überhaupt ohne Eintrittsgeld veranstaltet werden würde. Die große Masse, die das reguläre Eintrittsgeld nicht aufbringen kann, hätte sicherlich auch Gefallen an einem solchen Abend und der Veranlassung wäre u. E. der richtige Tag zu einer solchen Volksfeier.

Das Volksflugzeug

So wie jahrzehntlang an der Schaffung eines Volksautos Fachleute und Laien als Verbraucher besonders stark interessiert waren und erst durch die beiden Schöpfungen von Goliath mit seinem neuen Motorwagen und D.M.W. mit seinem Frontantrieb dieser Wunsch zur Tatsache geworden ist, haben sich auch die Flugzeugfabriken mit der Schaffung eines Volksflugzeuges beschäftigt. Von allen Flugzeugarten hat aber noch keine hier auch nur einigermaßen annehmbare Lösung gefunden. Der „Sturmwogel“ Flugverband der Weltkämpfer e. V., eine Ortsgruppe von Wilton, Wollheim, sowie Freunden der Luftfahrt und des Flugportes dieses nordwestlichen, hier hochoberschwebend normierten, eines der eifrigsten Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des Sturmwogels, der Pilot Fritz Koch hat nunmehr ein brauchbares und billiges Kleinflugzeug konstruiert. Die Baukosten des Flugzeuges betragen 950.— RM. Die Ausgaben für eine Flugstunde betragen nur 5 RM. Die technischen Einzelheiten des Flugzeuges sind: Spannweite 8,60 Meter, Länge 5,50 Meter, Maximalmotor 14 PS, Stundenleistungswindigkeit 85 bis 90 Kilometer, Landeschwindigkeit 35 Kilometer und Steigleistung 1000 Meter. Der Sturmwogel wird mit dieser Type das Volksflugzeug geschaffen. Zur Zeit wird dieses Kleinflugzeug auf dem Flugplatz Johannistal bei Berlin ausprobiert und einer eingehenden Prüfung unterzogen. Wenn sich der Flug bewährt, was nach dem bis jetzt Geschehenen ganz sicher der Fall ist, dann wird der Sturmwogel ein Flugzeugwerk einrichten, um seine gesamten Ortsgruppen mit Motorflugzeugen zu beliefern.

Auch in Baden bestehen in Mannheim und Karlsruhe zwei gut geleitete Ortsgruppen des „Sturmwogels“ die bisher auf dem Gebiet des Segelfluges tätig waren. Die Ortsgruppe Karlsruhe hat in ihren Räumlichkeiten in Ruppurr einen ganz neuen Flugplatz gebaut, das in den ersten Tagen des Juli seine Probeflüge aufnehmen wird. Auch hier ist nämlich wie bei der Schaffung des Motorflugzeuges Type Koch der Sturmwogel in aller Stille aber mit Fähigkeit und Energie daran gegangen, ein Segelflugzeug zu schaffen, welches nur insgesamt rund 200 M. kostet. Die Mitglieder der Ortsgruppe zum Teil arbeitslos, jüngere Handwerker, Techniker, Kaufleute, kurz Angehörige aller Berufsstände arbeiten hier als Werttätige zusammen, um auch ohne besondere Geldmittel ihren Anteil an der gerade für das deutsche Volk so wichtige Luftfahrt zu haben.

Deute gehören schon eine größere Anzahl Arbeiter, Angestellte und Beamte dem Sturmwogel, als dem Flugverband für die große Masse des wertvollen Volkes an. Weitere Interessenten sind herzlich willkommen. Ja, es ist eine zwinrende Notwendigkeit, den Sturmwogel zu unterstützen, der in Kürze auch hier in Baden neben seinen Segelflugzeugen auch Motorflugzeuge anzuweisen will, um damit der wertvollen Bevölkerung den Einfluß auf die Fliegenerei zu sichern, den es in Anbetracht seines Schaffens verdient hat. Anmeldungen zur Erwerbung der Mitgliedschaft werden in der Geschäftsstelle des „Sturmwogels“, Flugverband der Weltkämpfer e. V., Ortsgruppe Karlsruhe, Gebhardtstraße 13 entgegengenommen. Ebenfalls können Anmeldungen an den Postleuten, die Dienst-

Jubiläumstagung des Badischen Verkehrsverbandes

Auf Sitzungen des Gesamtrates und des Landesauschusses folgte Samstag nachmittag im Bürgeraal des Rathauses die außerordentliche 25. Generalversammlung des Badischen Verkehrsverbandes, der u. a. Ministerialrat Dr. Heller vom Ministerium des Innern und Oberbürgermeister Dr. Finter anwohnten. Ferner bemerkte man unter den Gästen den Abtadt Rat Mönch aus Offenburg, den Kantonsabgeordneten Dr. Wolfhard und Ulrich, Baden-Baden, sowie Vertreter der Reichsbahn, der Handelskammer Karlsruhe und der Verkehrsverbände von Württemberg und Hessen. Präsident Generalrat Mensinger eröffnete die Verhandlungen mit einem herzlichem Begrüßungswort. Oberbürgermeister Dr. Gever vom Statistischen Landesamt gab zunächst interessante Aufschlüsse über die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Baden. Die Ausländer kommen in steigendem Maße zu uns. Besonders groß ist die Zahl der Schweizer, die sich gegen das Vorjahr verdoppelt hat. Alles in allem sind die Aussichten für den Fremdenverkehr in diesem Jahre günstig.

Sonditus Meier verbreitete sich im Rahmen des Tätigkeitsberichts über die wertvollen Werbemittel des Verbandes und die umfangreichen Werbemaßnahmen, die von sichtbarem Erfolg begleitet waren. Man hat gut daran getan, als man vor 25 Jahren in Karlsruhe die Werbung für das Badnerland und seinen Schwarzwald veranfaßte. Schon damals wurde von allen Kreisen die große wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs und die Notwendigkeit einer planmäßigen Pflege und Förderung derselben erkannt. Eine Vorleistung von der Ausdehnung der jetzt ganzjährig Werbetätigkeit gibt die Gesamtsahl der seit Ende der Inflation zur Vorbereitung abgebrachten Werbeprospekte, welche rund 1.436.000 betragen; an Werbeprospekten wurden rund 55.000 ausgehängt. An der Schaffung einer Reichsorganisation für den Fremdenverkehr war der Badische Verkehrsverband durch seinen stellvertretenden Präsidenten Dr. Guelmeyer hervorragend und führend beteiligt. Die Mittelgliederzahl ist von 27 im Jahre 1919 auf 145 im Jahre 1930 gestiegen. In der Auslandswerbung, die in der Hauptsache von der Reichszentrale für den Deutschen Reiseverkehr in Berlin ausgeführt wird, ist Baden sowohl in Werberichtlinien wie in Plakaten vertreten. Eingehend hat sich der B.V.V. mit der Elektrifizierung der Bahnhöfe in Baden befaßt und hierüber eine von Oberbürgermeister Dr. Gever bearbeitete Denkschrift herausgegeben. Besondere Sorge wurde dem Ausbau der Kraftwagenstraßen im Badnerlande insbesondere im Schwarzwald zuwenden. Den fortgeschrittenen Bemühungen des B.V.V. ist schließlich die Einführung der amtlichen Statistik zu danken.

Präsident Mensinger sprach sodann der badischen Regierung wie auch der Reichsbahn den Dank aus für die dem Verband gewährte ideelle und materielle Unterstützung. Er schloß daran den Wunsch, daß es dem Verbande auch weiterhin durch die Zuschüsse in der bisherigen Höhe ermöglicht werde, seine dem Lande so nützbringende Werbetätigkeit fortzusetzen. Der Präsident anerkannte auch den hohen Idealismus, mit dem Sonditus Meier und das Personal des Verbandes ihre gewaltige Arbeit bewältigten. Er teilte ferner mit, daß aus dem Inn- und Auslande eine große Zahl von Gläubigern gemeldet worden sei.

Die Vertreter von Baden und Württemberg stellten die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Verbänden fest. Die B.V. ging dann zur Erledigung der Regularien über. Im Hinblick auf die Not der Zeit wurde für dieses Jahr der Mitgliedsbeitrag um 10 Prozent ermäßigt. Der Haushaltsplan für

1931/32 balanziert mit 84.300 M., wobei die Beitragsentlastung berücksichtigt ist. Der Geschäftsführung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Festlegungen des nächsten Tagungsortes bleibt dem Vorstand überlassen.

Bei dem Punkte „Sonstiges“ brachte Abtadt Rat Mönch einige Eilenbahnwünsche der Stadt Offenburg zur Sprache. Er reute u. a. einen Halt des Reinoldsbahnes in Offenburg an mit Rücksicht auf die Fremdenverkehrs des Reichstals.

Der Festakt

Er fand am Samstagabend 1/7 Uhr im Festaal der Badischen Hochschule für Musik statt. Die Feier wurde umrahmt von musikalischen Darbietungen, dessen Programm von den Lehrkräften der Musikhochschule sowie von dem der Anstalt angeschlossenem Kammerchor, bestritten.

Ein Streichorchester, unter Leitung des Herrn Konzertmeister J. Peißner, leitete den Abend mit dem Konzerto grosso d-moll von Antonio Vivaldi ein. Herr Dr. Fritz Lang brachte altitalienische Arien zum Vortrag und erntete unter Begeisterung von Frau Math. Brückhals reichen Beifall. Gerne gehört wurden die vom Kammerchor unter Leitung des Herrn Direktor Franz Pfister vorgetragenen Arie Madriaden aus dem 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts, die herzlichsten Beifall fanden.

Sodann ergriff der Präsident des Badischen Verkehrsverbandes, Herr Generalrat Mensinger, zur Begrüßung das Wort und konnte neben den zahlreich erschienenen Vertretern der Städte und Behörden ganz besonders den Badischen Staatspräsidenten Herrn Wittmann, Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter, Präsident der Reichsbahndirektion, Herr v. Elz-Rübenach, sowie an Stelle des verhinderten Präsidenten der Oberpostdirektion Herrn Franz Lämmlein Herrn Stürzenacker begrüßen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Finter entbot im Namen der Landeshauptstadt Karlsruhe dem Jubilaren die herzlichsten Grüße und Wünsche. Er gedachte an den Gründungsakt, der im Jahre 1906 unter Bürgermeister Schneider stattfand, und würdigte besonders die Arbeit und Tätigkeit die sich zum Segen des Landes Baden auswirkte. Der Zugang zum Lande Baden muß noch weiter gefördert werden; zu dieser idealen Arbeit Glück auf.

Herr Staatspräsident Wittmann schilderte den Verband als eine Notwendigkeit im Interesse des Badnerlandes und dem deutschen Vaterland überhaupt.

Herr Präsident Herr v. Elz-Rübenach wies auf die unerfreulichen Erscheinungen auf dem Gebiete des Verkehrswezens hin. Die Anforderungen haben sich gesteigert, doch wird leider der Reichsbahn nicht immer das nötige Verständnis entgegengebracht. Wir hoffen auch weiterhin auf eine leistungsfähige Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverband (Beifall).

Herr Stürzenacker von der Postdirektion als Vertreter des Herrn Präsidenten Lämmlein würdigte die Tätigkeit des Verkehrsverbandes und gab ein anschauliches Bild über den Ausbau der Poststraßen, die gerade in Baden besonders gut ausgebaut sind und den Fremdenverkehr dadurch verbessernd unterstützen.

Nach einem Orchesterkonzert Symphonie in D-Dur von J. G. Bach fand der Festakt im Ehren des Bad. Verkehrsverbandes, der vom Verkehrsverein Karlsruhe veranstaltet wurde, seinen Abschluß. Anschließend fand ein gemeinsames Essen statt.

Am Sonntag, 29. Juni, wurden Ausflüge unternommen mit Kraftwagen der Reichspost in den herrlichen Schwarzwald. —

tags, Mittwochs, Donnerstags und Samtags in den Werkstätten in Ruppurr, Langstraße 90, stattfindend, erfolgen. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf. Der Betrag monatlich M. 1.—, für Jugendkinder und Erwerbslose 50 Pf.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Kaiserstraße ein Fußgänger, der die Fahrbahn in Höhe der Scheffelstraße überqueren wollte, von einer in Richtung Mühlburg fahrenden Kraftdroschke angefahren und zu Fall gebracht. Der Fußgänger, der, wie es den Anschein hatte, etwas angetrunken war, blieb bewußtlos liegen und mußte mit einem Perlenkraftwagen in das Städt. Krankenhaus verbracht werden. Vom Arzt wurde eine leichte Gehirnerschütterung festgestellt. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Am Samstagabend stießen auf dem Durlacher-Tor-Platz ein Perlenkraftwagen und ein Motorrad dadurch zusammen, daß der Führer des Perlenkraftwagens, der von der Kaiserstraße in die Karl-Wilhelm-Straße einbiegen wollte, dem in westlicher Richtung den Durlacher-Tor-Platz überquerenden Motorradfahrer gegenüber das Vorfahrtsrecht verlor. Der Motorradfahrer kam zu Fall, ohne sich zu verletzen. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt. Es ereigneten sich ferner noch einige weitere Zusammenstöße zwischen Kraftfahrzeugen, die auf unvorsichtiges Fahren und Verletzung des Vorfahrtsrechtes zurückzuführen sind. In diesen Fällen ist nur leichter Sachschaden entstanden.

Uebertretung der Verkehrsvorschriften

Zwei Führer von Großkraftwagen mußten auf Anzeige gebracht werden, weil sie, ohne im Besitz eines Führerscheins zu sein, gefahren sind. Die Fahrzeuge wurden sichergestellt.

Diebstähle

Gestern Abend erstatte ein junger Mann von hier auf einer Polizeiwache die Anzeige, daß ihm kurz vorher sein Motorrad mit Seitenwagen entwendet worden sei. Die Täter konnten durch Polizeibeamte in der Kaiserstraße festgesetzt und in der Kellerei festgehalten werden. Die Diebe liegen das Motorrad in der Kellereistraße stehen und gingen flüchtig. Die Ermittlungen sind eingeleitet. Das Motorrad wurde dem Eigentümer wieder ausgehändigt.

Ein junger Mann zeigte an, daß ihm am Samstagabend, als er auf einer Bank im Hardtwald saß, von einer ihm dem Namen nach unbekanntem Frauensperson seine Brieftasche mit etwa 80 M. Inhalt gestohlen worden sei. Ein auswärtiger Geschäftsmann erstatte die Anzeige, daß ihm in einem Hause in der Altkstadt ein Geldbetrag von 400 M. entwendet worden sei. Die von dem Geschäftsmann angegebenen Personen, die dringend verdächtig sind, den Diebstahl ausgeführt zu haben, wurden vorläufig festgenommen.

Ein junger Arbeiter aus Laub, der seinem Arbeitgeber einen Betrag von 240 M. unterschlagen hatte, wurde am Hauptbahnhof

hier vorläufig festgenommen. Ein Betrag von etwa 104 M. konnte dem Täter wieder abgenommen werden.

Zwei Kellnerinnen von hier erstateten die Anzeige, daß sie von einem Kaufmann, der ihnen vorgesetzte, eine höhere Ration stellen zu müssen, zur Herausgabe von 230 und 330 M. bewegen worden und um diesen Betrag geschädigt worden seien. Die Ermittlungen sind im Gange.

Ein Drochschaffner von hier zeigte an, daß er durch einen Betrüger zur Herausgabe von 700 M. in Werte von etwa 730 M. bewegen und um diesen Betrag geschädigt worden sei. Die Ermittlungen sind im Gange.

Sittlichkeitsdelikt

Ein junger Mann aus Darleiden, der sich am Freitagabend an einem 20 Jahre alten schöngeistigen Mädchen in unzüchtlicher Weise vergangen hat, ist festgenommen worden.

Schlägereien

Wegen Schlägereien, Trunkenheit und grobem Unfug mußte die Polizei im Laufe des Samstag und Sonntag verschiedentlich einschreiten.

Aus Organisationen und Vereinen

Verammlung der Arbeiter-Radsfahrer, Ortsgruppe Karlsruhe. Die auf Samstag, 20. d. M., ins Volkshaus einberufene Versammlung hatte nicht den gewünschten Besuch aufzuweisen, welche in Anbetracht der Tagesordnung nicht gemein wäre. Zu Ehren der durch Tod von uns geschiedenen Mitglieder erhebt sich die Versammlung von den Sitzen. Im ersten Punkt wurden Post und innere Angelegenheiten erledigt, wobei die Aufschriften „Tag der Arbeit“ und „Welt-Kinder-Tag“ betr. besonders gewürdigt wurden. Der Kassenbericht von Gen. Götze zeigte, daß in der Zeit erhöhter Sporttätigkeit auch an die Kasse höhere Anforderungen gestellt wurden. Die beantragte Entlastung erfolgte einstimmig. Zum dritten Punkt erstateten der Sportleiter und Jugendleiter ihre Berichte. Ersterer verlangt restloses Erscheinen am „Tag der Arbeit“ in Karlsruhe, insbesondere bei den beiden Werbeausgängen am Samstag und Sonntag und erst recht bei der Vorführung unseres Werbefilms „Die größte Radsportschau der Welt“. Nicht weniger anspruchsvoll ist der Jugendleiter, welcher außer dem „Welt-Kinder-Tag“ in Unterzambach am 19. Juli, wo er alle Kinder der Radsportler um sich sehen möchte, auch noch einer dreitägigen Wanderfahrt Karlsruhe-Heilbronn-Heidelberg mit Besichtigung des Ehrentages das Wort redete. Daß bei allen Veranstaltungen zahlreiche Beteiligung verlangt wird, braucht jedenfalls nicht erwähnt werden. Im letzten Punkt wird auf die noch bevorstehenden Werbeveranstaltungen anlässlich des Monats Juni hingewiesen und von den Mitgliedern verlangt, auch in agitatorischer Hinsicht ihrer Pflicht bewußt zu sein. Mit der an die Mitglieder gestellten Frage: „Wo bleibt der zweite Arbeiter-Radsfahrer?“ schloß der Vorsitzende die Versammlung. J. S.

Wasserstand des Rheins

Basel 180; Mannheim 371; Schaffhausen 245; Reil 380; Maxau 509; Mannheim 509 Zentimeter.

2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut setze man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man ergibt damit ohne schmerzhaftes Nötigen eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor — fettfrei, rote Färbung, fettig, blaue Färbung — 60 Pf., und 1 Mart, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf., und 90 Pf., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mart, Chlorodont-Kinderbürste 60 Pf., Chlorodont-Mundwasser 1 Mart.

Eine Millionenanleihe der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe. Die Bfeler Bankfirma Ebinger u. Co. v. Sarasin u. Co. und Jahn u. Co. haben eine 7prozentige Anleihe der Evangelischen Diakonissenanstalt in Karlsruhe in Höhe von 1,25 Millionen Franken bewilligt, die durch Hypotheken im ersten Range gesichert wird. Die Anleihe wird in den nächsten Tagen zum Parifurs zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. — Bei diesem Kredit handelt es sich um die Finanzierung des neuen Diakonissenhauses in Rüppurr, mit dessen Grundsteinlegung im Herbst begonnen werden soll. Das alte Diakonissenhaus soll bekanntlich in ein Armenhaus umgewandelt werden.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Arbeiterwohlfahrt**
Heute abend 8 Uhr Vorstandssitzung, Karl-Friedrich-Str. 22, um vollzählige Erscheinung wird gebeten.
- Vertikale Erholungsfürsorge**
Eltern, schickt Eure Kinder während den großen Ferien zur Arbeiterwohlfahrt in die Erholung. Wartet nicht mit der Anmeldung bis zur letzten Woche. Laßt die Kinder beim Stadtschularzt untersuchen und kommt auf unser Büro, Karl-Friedrich-Str. 22, Eingang Erbprinzstr. Sprechstunden, Montag, Mittwoch und Freitag von 2 bis 6 Uhr. Dienstag, Donnerstag und Samstag von 9 bis 12 Uhr.
- Spielmannszug der S.M.**
Heute abend 7 Uhr im Waldheim Probe. Sämtliche Spielleute haben zur Stelle zu sein. Pflicht!

Die Koalition in Baden

Am Mittwoch, den 1. Juli, findet im „Elefanten“ um 20 Uhr eine Hauptversammlung statt. Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und die neue Koalition in Baden“.
Das Referat hält Gen. Hüderl.
Es wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Mitgliedsausweis muß am Saaleingang vorgezeigt werden.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unter dem Einfluß des europäischen Hochdruckgebietes dauert das heitere und trockene Wetter ununterbrochen an und wird im wesentlichen bis morgen fortauern.
Weiteransichten für Dienstag, den 30. Juni: Fortdauer des wesentlich heiteren Wetters, höchstens vereinzelt östliche Gewitter.

Chefredakteur Georg Schöpplin. Verantwortlich: Wolff, Presskamt Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, ferner: I. B.: Gewerkschaftliches, Familien und Aus der Partei; E. Grünbaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepollit., Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendwort, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner: I. B.: Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durand, Gerichtszettelung; Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

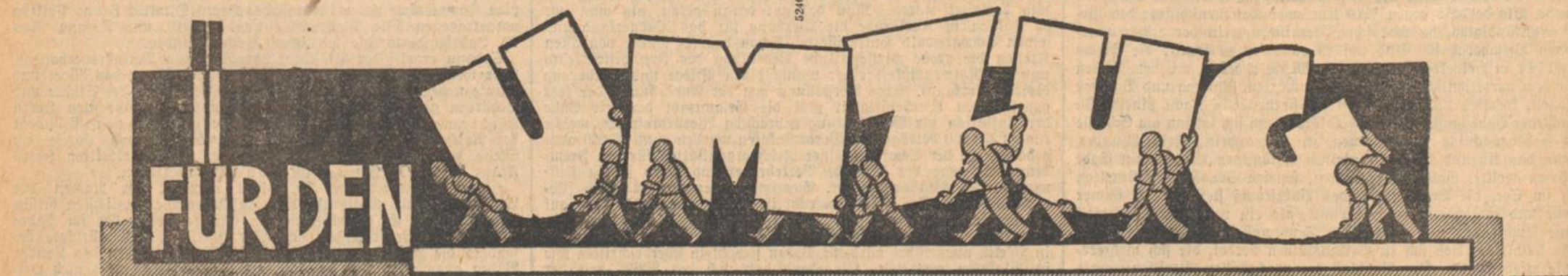
Lichtspielhäuser

Reizens-Bühnen, U 13
Ein Film, der ein mysteriöses Verbrechen hat, zeigt den ehemaligen englischen Kapitän Wert, der aus bestimmten Gründen unter dem Namen Burke bei der amerikanischen Flotte war. Der Totgeglaubte wurde in einer ästhetischen Hofentfaltung erkannt. Sein Schiff „U 13“ erhielt plötzlich Ordre zur Ausfahrt, wurde unterwegs gerammt und sank. In beispielhafter Weise werden nun die Szenen gezeigt, die sich wohl bei sinkenden U-Booten zugetragen haben dürften. Der Sauerstoff geht bereits zu Ende, als plötzlich durch Klopfzeichen die erwünschte Rettung in Aussicht gestellt wurde. Zum Erlaunen für Burke, ist der Rettungsbooter ein englisches Schiff, dessen Führung Burke aus seiner früheren Tätigkeit bekannt war. Den noch lebenden Mannschaften gelingt es, sich durch das Torpedoboot zu retten, bis Burke und der Kapitän des „U 13“ noch allein zurück sind. Da einer zurückbleiben muß und nicht gerettet werden kann, so beschließt der Kapitän dem Burke sich zu retten. Er selbst bleibt zurück. Sein Schicksal bedient er für sich. Ein Film, der zum Besuch sehr empfohlen werden kann.

Veranstaltungen

Dienstag-Abendkonzert im Stadgarten. Am Dienstag, den 30. Juni, konzertiert im Stadgarten von 20 bis 22.30 Uhr das Philharmonische Orchester unter Stadtdirektion von Herrn Musikdirektor G. Fritzsche. Unsere Leser, und besonders Musikfreunde, seien auf dieses Konzert besonders hingewiesen.

Montag, den 29. Juni:
Gloria-Variété: Der große Gardo.
Kammer-Bühnen: Einbruch im Banthaus Reichenbach. Das Erlebnis einer Nacht.
Palast-Theater: Der Langdinar.
Reizens-Theater: U 13, Americas bester Film.
Schönburg: Die heilige Flamme. Landung im Paradies.
Union-Theater: Die Sonne.



Teppiche

Jacquard-Boucle-Teppiche 38.-
Strapazierqualität 200/300 46.-
Wollplüsch-Teppiche
mispere Hausmarke HTA. 300/400 250/350 200/300
pers. und mod. Muster 196.- 148.- 98.-
Prima Velour-Vorlagen 8.75
Haar-Velour-Vorlagen 8.25
zum Strapazieren, moderne Zeichnungen 11.50
Boucle-Läufer 120 brt. 90 brt. 67 brt.
neue Streifen 4.25 3.50 2.75
Jacq.-Boucle-Läufer 90 brt. 67 brt.
reines Haargarn, mod. Musterung 7.75 5.50

Linoleum

Drucklinoleum 200 cm breit
fehlerfrei, neue Muster qm 3.50
Druckläufer reiche Auswahl
153 cm 110 cm 90 cm 67 cm 60 cm
5.10 4.25 3.45 2.65 2.35

Für die Fensterdekoration

Landhausgardinen 35.7
weiß und farbig. Meter 80.7 65.7
Gittertüle zur Anfertigung, arab. ver-
schiedene Breiten qm 1.-
Spanntüle moderne Muster, gute Qual.
bis 150 cm breit Meter 1.50 1.30
Volle Indanturen bedruckt, reich. Sortiment
in neuen Mustern, 112 cm breit, Mtr. 1.90 1.60
Halbstores-Meterware für Falten-
stores u. breite Fenster, Gürteltüle mit Kunst-
seiden-Fransen und Kinnstreifen, Meter 2.25 2.-

Schwedenstreifen 120 breit 80 breit
neue Streifenmuster 1.30 90.7
mit Kunstseide, pastellfarb. 1.15
Kunstseide indanturen bedruckt, schöne
Auswahl in neuen Mustern Meter 2.90 2.50
Dekoration Kunstseide, gestreift, verschie-
dene Farben mit Kunstseiden-Fransen, eigene
Anfertigung 11.75
Dekoration Kunstseide, hübsches Druck-
muster, Indanturen, mit Kunstseiden-Fransen,
eigene Anfertigung 15.75

In eigener Werkstätte übernehmen wir alle Anfertigungen, das Umarbeiten vorhandener Gardinen sowie das Anbringen in Ihrer Wohnung zu niedrigsten Preisen.

Tilch- u. Steppdecken

Gobelin-Tischdecken 6.50
reiche Auswahl 12.- 9.-
Gobelin-Diwandecken 7.-
solide Qualitäten 12.- 9.50
Plüsch-Diwandecken
modern und persisch gemustert 39.- 32.-
Mohair-Diwandecken
die elegante Decke, in vielen Pastellfarben
und Fellmustern 40.- 33.-
Steppdecken n. Daunenart gesteppt,
leichte Füllung, 1 Seite Kunstseide 34.-
Steppdecken 1 Seite Kunstseide,
verschiedene Farben 16.75

Stragula

der beliebteste billige
Bodenbelag, 200 brt., qm 1.89
Läufer 133 cm 110 cm 90 cm 67 cm 60 cm
2.65 2.25 1.80 1.44 1.35
Stragula-Teppiche 150/200 200/250 200/300
reiche Auswahl 8.10 13.50 16.20

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

Wittwoch, 1. Juli ds. Jrs., 20 Uhr.
im „Elefanten“ 52535

Hauptversammlung

Tagesordnung:
Die Sozialdemokratie und die neue Koalition in Baden
Referent:
Gen. Hüderl, Landtagsabgeordneter
Die Mitgliedschaft wird gebeten, sich
vollzählig einzufinden. Der Vorstand.

Arbeitsbeschaffung.

Vom Dienstag, den 30. ds. Mts ab fährt morgens 6.45 Uhr ein Auto von der katholischen Kirche nach der Plantage in Ruggensturm ab, um die Arbeitsträfte dorthin zu bringen. Als Arbeitsträfte kommen jugendliche männliche und weibliche Personen und Erwachsene aller drei weiblichen Geschlechts in Frage. Es können sich bei dieser Beschäftigung, insbesondere beim Erbsenpflücken nicht nur solche betätigen, die arbeitslos sind und in Unterfütterung stehen, sondern auch andere Personen, die sonst nicht in Arbeit gefanden sind.
Personen obiger Art, die aber in Unterfütterung stehen, müssen die Arbeit aufnehmen, denn es wird von denselben Tage an ihre Unterfütterung eingestellt.
Die Kosten der Hin- und Rückfahrt nach und von Ruggensturm übernimmt für die Arbeitsträfte, welche eine betriebsdienliche Tätigkeit verrichten, die Orphanstiftung in Ruggensturm. Gagganau, den 27. Juni 1931.
Der Bürgermeister.

Konkurs-Ausverkauf

Kaiserstraße 191
(Laden links)
20-30% RABATT
Herren-Hüte / Mützen
Kinder- u. Knabenmützen / Krawatten
Otto Marx, Konkursverwalter.

Handelsregister-Einträge

1. Biegel, Ries- und Sandverle Karl Wall, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe-Darland. Karl Wall sen. ist nicht mehr Geschäftsführer. 22. VI. 31.
2. Ribbia, Ribbia- und Trenhard-Apparat, Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Vorstand: Hermann Loos ist ausgeschieden. 23. VI. 31.
3. Karl Weidner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Blankenloch, Amt Karlsruhe (Wohnortstraße 20). Gegenstand des Unternehmens: Die Fortführung der bisher von Herrn Karl Ludwig Weidner unter der Firma „Karl Weidner“ als Einzelunternehmer geführten Mehl-, Futtermittel- und Landbesitzverhandlung in Blankenloch. Stammkapital: 400.000 RM. Geschäftsführer: Karl Ludwig Weidner, Rechtsanwältin, Carl Wilhelm Weidner, Kaufmann, beide in Blankenloch. Gesellschaftsvertrag vom 21. Mai 1931. Jeder der Geschäftsführer Karl Ludwig Weidner und Carl Wilhelm Weidner ist allein vertretungsberechtigt. Der Geschäftsführer Karl Ludwig Weidner bringt das von ihm unter der Firma „Karl Weidner“ zu Blankenloch bisher betriebene Mehl- und Futtermittelgeschäft (siehe oben) mit Aktiven und Passiven ein dessen reiner Wert auf 397.750,08 RM festgelegt wird. Davon wird keine Stammeinlage von 200.000 RM voll geleistet und 140.000 RM von jener des Geschäftsführers Carl Wilhelm Weidner. Letzterer bringt weiter eine Kontokorrentforderung von 60.000 RM an Karl Ludwig Weidner aus Gehaltsbelegen ein, womit auch seine Stammeinlage voll geleistet ist. 29. VI. 1931.
4. Mittelbadische Privat-Spar- und Darlehens-, Versicherungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Hans Fischer ist nicht mehr Geschäftsführer. An seiner Stelle wurde Otto Fink, Diplomhandelslehrer, Karlsruhe, bestellt. 29. VI. 31.
5. Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe vorm. Badische Feuerversicherungs-Bank, Hauptbüro Berlin. Franz Ködler ist nicht mehr Vorstandsmitglied. 29. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1285

Handelsregister-Einträge

1. Wilhelm Meier, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 22. VI. 31.
2. Georg Wegold, Karlsruhe. Einzelkaufmann. Georg Wegold, Kaufmann, Karlsruhe. Handelsvertretungen (Karlsruhe 88). 23. VI. 31.
3. Karl Weidner, Blankenloch. Die Firma ist erloschen. 26. VI. 31.
4. Fr. Doepfner, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Franz Doepfner Kaufm. Inh. Albert Häberer. 26. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1286

Güterrechtsregister-Einträge

1. Zu Band II Seite 121: Rudolph Wilhelm Kranenpfeiler, Karlsruhe, und Eva, geb. Spangler. Vertrag vom 3. Juni 1931. Gattentrennung. 25. VI. 31.
2. Seite 122: Brecht Fröh, Gärtner, Karlsruhe und Hilde, geb. Junter. Vertrag vom 29. Mai 1931. Errichtungsgemeinschaft mit Vorbehaltgut der Frau. 27. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1287

Das Baden im Rheinlandsgebiet, im Rheinlands, im Städtchen und in der Alb an der Weid der angelegten Wabepflüge ist verboten. Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Jahren mehrere Personen an den genannten Orten ertrunken sind, wird auch jetzt wieder auf das Verbot eindringlich hingewiesen. Die Polizei ist angewiesen, Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.
Karlsruhe, den 26. Juni 1931. 1288

Bad. Bezirksamt. — Volksdirektion B.
Gagganauer Anzeigen
Des Monatsabchlusses wegen bleibt die Stadtblatte am Dienstag, den 30. Juni 1931, geschloffen.
Gagganau, den 27. Juni 1931. 1281

Handelsregister-Einträge

1. Biegel, Ries- und Sandverle Karl Wall, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe-Darland. Karl Wall sen. ist nicht mehr Geschäftsführer. 22. VI. 31.
2. Ribbia, Ribbia- und Trenhard-Apparat, Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Vorstand: Hermann Loos ist ausgeschieden. 23. VI. 31.
3. Karl Weidner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Blankenloch, Amt Karlsruhe (Wohnortstraße 20). Gegenstand des Unternehmens: Die Fortführung der bisher von Herrn Karl Ludwig Weidner unter der Firma „Karl Weidner“ als Einzelunternehmer geführten Mehl-, Futtermittel- und Landbesitzverhandlung in Blankenloch. Stammkapital: 400.000 RM. Geschäftsführer: Karl Ludwig Weidner, Rechtsanwältin, Carl Wilhelm Weidner, Kaufmann, beide in Blankenloch. Gesellschaftsvertrag vom 21. Mai 1931. Jeder der Geschäftsführer Karl Ludwig Weidner und Carl Wilhelm Weidner ist allein vertretungsberechtigt. Der Geschäftsführer Karl Ludwig Weidner bringt das von ihm unter der Firma „Karl Weidner“ zu Blankenloch bisher betriebene Mehl- und Futtermittelgeschäft (siehe oben) mit Aktiven und Passiven ein dessen reiner Wert auf 397.750,08 RM festgelegt wird. Davon wird keine Stammeinlage von 200.000 RM voll geleistet und 140.000 RM von jener des Geschäftsführers Carl Wilhelm Weidner. Letzterer bringt weiter eine Kontokorrentforderung von 60.000 RM an Karl Ludwig Weidner aus Gehaltsbelegen ein, womit auch seine Stammeinlage voll geleistet ist. 29. VI. 1931.
4. Mittelbadische Privat-Spar- und Darlehens-, Versicherungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Hans Fischer ist nicht mehr Geschäftsführer. An seiner Stelle wurde Otto Fink, Diplomhandelslehrer, Karlsruhe, bestellt. 29. VI. 31.
5. Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe vorm. Badische Feuerversicherungs-Bank, Hauptbüro Berlin. Franz Ködler ist nicht mehr Vorstandsmitglied. 29. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1285

Handelsregister-Einträge

1. Wilhelm Meier, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 22. VI. 31.
2. Georg Wegold, Karlsruhe. Einzelkaufmann. Georg Wegold, Kaufmann, Karlsruhe. Handelsvertretungen (Karlsruhe 88). 23. VI. 31.
3. Karl Weidner, Blankenloch. Die Firma ist erloschen. 26. VI. 31.
4. Fr. Doepfner, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Franz Doepfner Kaufm. Inh. Albert Häberer. 26. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1286

Güterrechtsregister-Einträge

1. Zu Band II Seite 121: Rudolph Wilhelm Kranenpfeiler, Karlsruhe, und Eva, geb. Spangler. Vertrag vom 3. Juni 1931. Gattentrennung. 25. VI. 31.
2. Seite 122: Brecht Fröh, Gärtner, Karlsruhe und Hilde, geb. Junter. Vertrag vom 29. Mai 1931. Errichtungsgemeinschaft mit Vorbehaltgut der Frau. 27. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1287

Das Baden im Rheinlandsgebiet, im Rheinlands, im Städtchen und in der Alb an der Weid der angelegten Wabepflüge ist verboten. Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Jahren mehrere Personen an den genannten Orten ertrunken sind, wird auch jetzt wieder auf das Verbot eindringlich hingewiesen. Die Polizei ist angewiesen, Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.
Karlsruhe, den 26. Juni 1931. 1288

Bad. Bezirksamt. — Volksdirektion B.
Gagganauer Anzeigen
Des Monatsabchlusses wegen bleibt die Stadtblatte am Dienstag, den 30. Juni 1931, geschloffen.
Gagganau, den 27. Juni 1931. 1281

Stadgarten

Dienstag, 30. Juni
von 20-22 1/2 Uhr:
Abend-
Konzert
ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Fritzsche.

Junker & Ruh-Oefen

Junker & Ruh komb. Herde u. Gasherde
stets neueste Ausführungen
Monat. Raten von 5.- an
anschl. Gaswerksbedingungen. Feuern.
Aufstellung. Eigene Reparatur-Werkstätte.
Karlsruhe Amalienstr. 7
Telephon 1284 — Gegründet 1890

Solidus

BALLEN-STIEFEL
MIT GELENKSTÜTZE
Karlsruhe Amalienstraße 23
Ein kleiner Laden
der sich große Mühe gibt